

«Kleine, schmutzige Kieselsteine»

Das Model Naomi Campbell vor dem Sondergericht für Sierra Leone – Der angeklagte Warlord Taylor nicht direkt belastet

Das britische Model Naomi Campbell hat als Zeugin im Kriegsverbrecherprozess gegen den früheren liberianischen Präsidenten Taylor ausgesagt. Dabei blieb die grosse Überraschung aus. Das Model belastete Taylor, wenn überhaupt, nur indirekt.

Gerhard Anders, Den Haag

Das Sondergericht für Sierra Leone in Den Haag hatte auf Antrag der Anklage das britische Mannequin Naomi Campbell vorgeladen, damit dieses zu Aussagen der amerikanischen Schauspielerin Mia Farrow und von Campbells früherer Agentin Carole White Stellung nimmt. Farrow und White hatten in einer Reihe von Interviews und Erklärungen behauptet, dass Campbell im September 1997 Diamanten des liberianischen Präsidenten Charles Taylor erhalten habe. Damals waren Campbell, Farrow, White und Taylor Gäste des südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela, der ein Abendessen veranstaltete, um Spenden für seinen Kinderhilfsfonds zu sammeln.

«Dies ist ein Geschenk»

Campbells Aussage lieferte jedoch nicht den von der Anklage erhofften sensationellen Beweis dafür, dass Taylor tatsächlich sierra-leonische Blutdiamanten einem Model zum Geschenk gemacht hatte. In der Befragung durch die Chefanklägerin des Gerichts, Brenda Hollis, bestätigte Campbell nur, in jener Nacht nach der Benefizveranstaltung bei Mandela von zwei mysteriösen Männern geweckt worden zu sein. Diese hätten ihr einen kleinen Beutel mit den Worten «Dies ist ein Geschenk» überreicht, die Identität des Schenkenden aber nicht genannt. Bei der Überprüfung des Beutels am nächsten Morgen habe sie «vielleicht zwei oder drei schmutzige Kieselsteine» vorgefunden, die sie zunächst gar nicht als Diamanten identifiziert habe, da sie (wie sie mit kokettem Augenaufschlag hinzufügte) «an glänzende Diamanten in einem Kästchen gewöhnt» sei.

Campbell berichtete weiter, sie habe am Frühstückstisch Farrow und ihre da-



Im Haager Sondergericht für Sierra Leone folgen Reporter einer Fernsehübertragung der Befragung Campbells.

malige Agentin White angetroffen und ihnen von der nächtlichen Störung und dem mysteriösen Geschenk berichtet. Daraufhin habe eine der beiden gesagt, bei den Steinen müsse es sich um Diamanten von Taylor handeln. Später will das Model die Diamanten dem Manager des Mandela-Kinderfonds überreicht haben, der «Gutes damit tun sollte», wie sie betonte. Der mittlerweile pensionierte Manager habe bestätigt, dass es sich bei den «Kieselsteinen» in der Tat um Diamanten handle, die sich immer noch in seinem Besitz befänden.

Es war offensichtlich, dass Brenda Hollis auf mehr gehofft hatte. Ungläubig fragte sie Campbell, warum sie die Männer nicht gefragt habe, wer der Schenkende sei, und warum sie auch später nie Erkundigungen eingezogen habe, um herauszufinden, woher die Diamanten stammten. Darauf erwiderte

te Campbell, dass es für sie normal sei, jederzeit Geschenke zu empfangen. Deshalb habe sie sich keine weiteren Gedanken über die Herkunft der «sehr kleinen» Steine gemacht. Im Übrigen gab sie zu verstehen, dass sie gegen ihren Willen nach Den Haag gekommen sei. Als Hollis Campbell fragte, ob sie nervös sei, antwortete sie barsch, dass die Vorladung eine «grosse Unannehmlichkeit» für sie sei.

Aussage gegen Aussage

Nach der kurzen Befragung durch Hollis folgte das Kreuzverhör durch die Verteidigung. Gegenüber Courtenay Griffiths, dem Verteidiger Taylors, wiederholte Campbell, dass sie zunächst keine Verbindung zwischen Taylor und dem anonymen Geschenk hergestellt habe, dass sie dies erst auf Anraten Far-

rows oder Whites getan habe. Griffiths konfrontierte sie dann mit den Aussagen, die Farrow und White den Anklägern gegenüber gemacht hatten. Diese Aussagen weichen in entscheidenden Punkten von Campbells Ausführungen ab. Farrow behauptet, Campbell habe ihr am Frühstückstisch erzählt, Taylor habe ihr einen grossen Diamanten geschenkt. White behauptet, die Übergabe mehrerer in einem Papierknäuel verpackter Diamanten in Campbells Zimmer beobachtet zu haben. Campbell bestritt dies jedoch am Donnerstag unter Eid und betonte, sie sei allein gewesen, als ihr der «Stoffbeutel» überreicht worden sei.

Griffiths suggerierte, dass sowohl Farrow als auch White die Unwahrheit sagten und dem Ruf des Modells Schaden zufügen wollten. Er wies darauf hin, dass Ende Oktober 2009 White, die

Gründerin der Agentur, bei der Campbell von 1992 bis 2008 unter Vertrag war, eine zivilrechtliche Klage wegen Vertragsbruch gegen das Model eingereicht hatte. Griffiths suggerierte eine Verbindung zwischen diesem Rechtsstreit und den Berichten über die Blutdiamanten, die Taylor dem Supermodel geschenkt haben soll. Campbell bestätigte, dass White ein starkes Motiv zum Lügen habe, um ihr zu schaden. Farrow und White werden beide am Montag als Zeugen aussagen. Vielleicht wird sich zeigen, ob Griffiths' Vermutung nur ein Versuch ist, die Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen in Zweifel zu ziehen.

«Eigentor der Anklage»

Auf jeden Fall drängt sich nach dem für die Anklage enttäuschenden Auftritt von Naomi Campbell die Frage auf, ob die ganze Affäre um die angeblichen Blutdiamanten nicht besser in den Klatschspalten der Boulevardpresse aufgehoben ist. Denn ganz gleich, ob nun Campbells, Farrow oder Whites Geschichte den Tatsachen entspricht, die Anklagebehörde bleibt letztlich die Frage schuldig, in welcher Verbindung das mysteriöse Geschenk mit den Verbrechen steht, die das Gericht versuchen aufzuklären. Die Anklage behauptet schliesslich, Taylor habe mit den Diamanten, die er damals in Südafrika beschaffen gehabt haben soll, Waffen in Burkina Faso gekauft, die später an die Rebellen in Sierra Leone geliefert worden seien. Diese Rebellen, so die Anklageschrift, wurden von Taylor unterstützt, der so die Kontrolle über die Diamantenfelder im Osten Sierra Leone erlangen wollte. Mehrere Zeugen der Anklage haben zwar die Waffenlieferung im Oktober 1997 bestätigt, aber keiner der Zeugen konnte Informationen darüber geben, wie diese Waffenlieferung eingefädelt und ob dafür tatsächlich mit Diamanten bezahlt worden war. Griffiths sprach in einer abschliessenden Pressekonferenz deshalb auch von einem «spektakulären Eigentor» der Anklage.

Campbells knapp zweistündige Aussage hat sicher einen grossen Medienrummel verursacht, aber es ist zu erwarten, dass das Interesse der Weltöffentlichkeit schnell wieder abflauen wird.

Schlappe für die türkische Armee

Erfolgreiche Machtdemonstration der Regierung bei der Neubesetzung der Militärführung

Die türkische Regierung hat eine Machtprobe zu Schlüsselpositionen in der Armeeführung zu ihren Gunsten entschieden. Erfolgreich wehrte sie sich gegen die Beförderung von hohen Offizieren, denen die Verwicklung in Putschpläne vorgeworfen wird.

Thomas Fuster, Wien

Zweimal pro Jahr kommt in der Türkei der Hohe Militärrat (YAS) zusammen, um über Beförderungen im Offizierskorps zu entscheiden. Nicht nur Promotionen werden bei dieser Gelegenheit beschlossen. Seine Zusammenkünfte nutzt der stramm säkular dominierte Rat auch dazu, all jene Offiziere aus der Armee auszuschliessen, denen allzu grosse Sympathien zu islamistischen Gruppierungen nachgesagt werden. Zwar steht dem 15 Mitglieder starken Gremium formell der Ministerpräsident vor, und auch der Verteidigungsminister

ger abfinden. Ein viertägiges Treffen des YAS endete daher am Mittwochabend mit der Überraschung, dass die Neubesetzung der zwei wichtigsten Posten – des Generalstabschefs und des Chefs der Landstreitkräfte – offenbleibt. Die Armee konnte sich mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen. Von der Regierung abgelehnt wurde namentlich der Kandidat für die Führung der Landstreitkräfte, Hasan Igsiz. Als Konsequenz daraus wurde auch die geplante Beförderung des derzeitigen Chefs der Landstreitkräfte, Isik Kusaner, zum Nachfolger von Ilker Basbug als Generalstabschef verschoben.

Erfolgreiche Interventionen

Igsiz ist einer von 19 Offizieren, die verdächtigt werden, in eine über das Internet lancierte Propagandakampagne zur Diskreditierung von Erdogans regierender Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP involviert zu sein; entsprechende Befragungen der Staatsanwaltschaft begannen diese Woche. Der

der Landstreitkräfte. Auf der von Gül ratifizierten Liste fehlt nun nicht nur der Name von Igsiz und jener von Kusaner, dessen Ernennung zum Generalstabschef sich bis zur Klärung seiner Nachfolge verzögert. Anders als vom Militär geplant, müssen auch 11 hochrangige Offiziere, die verdächtigt werden, an einem angeblich im Jahr 2003 vorbereiteten und unlängst publik gewordenen Putschplan mit dem Namen «Vorschlaghammer» beteiligt gewesen zu sein, auf eine Beförderung verzichten.

Nach den Interventionen von Erdogan und Gül sahen die Generäle davon ab, eine Promotion dieser Offiziere vorzuschlagen. Sie kündigten zudem keinen einzigen Ausschluss eines des Islamismus verdächtigten Offiziers an. Auch dies widerspricht sämtlichen bisherigen Gepflogenheiten.

Das Militär in der Defensive

Westliche Beobachter dürfte es kaum irritieren, wenn demokratisch gewählte Politiker über die Besetzung von

sahen bisher die meisten Regierungen davon ab, die Personalpolitik der Armee in Frage zu stellen – dies in der Hoffnung, nicht plötzlich selber zum Opfer eines Umsturzes zu werden.

Die jüngste Machtdemonstration der Regierung reiht sich in eine Serie von Massnahmen, mit denen die AKP seit Jahren eine stärkere demokratische und juristische Kontrolle der Armee anstrebt. Einmal mehr hat dabei die Militärführung, die wegen diverser Putschpläne seit geraumer Zeit in der Defensive ist, die politische Lage falsch bewertet und den Widerstand der Regierung unterschätzt. So bezeichnete es die Armeespitze noch vor kurzem als eine grosse Ungerechtigkeit, wenn Offiziere, die zwar eines Rechtsbruchs verdächtigt, aber noch nicht rechtskräftig verurteilt seien, von Beförderungen ausgeschlossen würden.

Es ist offenkundig, dass den Generalen, die den türkischen Staat während Jahrzehnten quasi als ihr Eigentum betrachteten, die Unterordnung unter die zivile Kontrolle nicht leichtfällt. Dies

Demonstration in Kirgistan vereitelt

Warnschüsse des Militärs

(ddp) · In Kirgistan sind Regierungstruppen mit Tränengas und Blendgranaten gegen Hunderte von Personen vorgegangen, die gegen die Übergangsregierung demonstrierten. Mehrere Dutzend Soldaten fuhren am Donnerstag in gepanzerten Fahrzeugen auf einer Schnellstrasse etwa 15 Kilometer östlich der Hauptstadt Bischkek und lösten die Menge auf. Die Streitkräfte gaben Warnschüsse ab. Zuvor waren die Demonstranten, die in Bussen unterwegs waren, daran gehindert worden, in die Hauptstadt zu gelangen. Bei ihnen handelte es sich um Anhänger des ehemaligen Präsidentschaftsbewerbers Urmat Baryktabasow. Rund 1000 seiner Anhänger versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude in Bischkek und demonstrierten gegen die Übergangsregierung. Sie forderten eine Verschiebung der für Oktober geplanten Parlamentswahl und warfen der Übergangsregierung fehlende Transparenz vor.

Baryktabasow hatte 2005 bei der Präsidentschaftswahl kandidieren wollen.

Widersprüche im Taylor-Prozess

Der Auftritt von Prominenz widerspiegelt die Ratlosigkeit des Sondertribunals

Im Kriegsverbrecherprozess gegen den liberianischen Warlord Charles Taylor hat die amerikanische Schauspielerin Mia Farrow den Angeklagten belastet. Der vielbeachtete Auftritt widerspiegelt eine gewisse Ratlosigkeit des Sondergerichts.

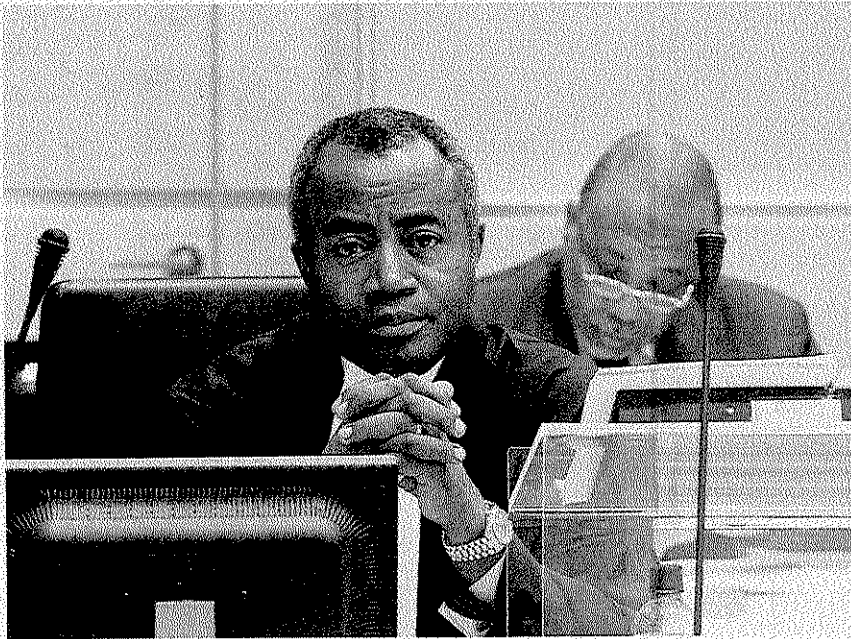
Gerhard Anders, Den Haag

Die amerikanische Schauspielerin Mia Farrow hat am Montag vor dem Sondergericht in Den Haag im Prozess gegen den liberianischen Warlord Charles Taylor der vorgängigen Aussage des Mannequins Naomi Campbell widersprochen. Laut Farrow hat Taylor Rohdiamanten an Campbell übergeben lassen. Die Steine befinden sich inzwischen im Besitz der südafrikanischen Polizei, die sie vom ehemaligen Direktor des Nelson-Mandela-Kinderfonds erhalten hat. Ihm hatte Campbell die Steine übergeben. Die südafrikanischen Behörden wollen nun ihre Herkunft feststellen. Vielleicht werden diese Ermittlungen noch für eine Überraschung im Verfahren gegen Taylor sorgen. Doch das kurze Gastspiel von Campbell und Farrow wird wohl nur geringen Einfluss auf den Prozessausgang haben.

Wenig glaubwürdige Zeugen

Zwischen Januar 2008 und März 2009 hat die Anklage 91 Zeugen vorgeladen, die Taylor zum Teil schwer belasteten. Sie berichteten von seiner Verstrickung in den Bürgerkrieg in Sierra Leone. Vor allem die 31 Insider-Zeugen gaben sehr belastende Erklärungen ab. Eine Reihe früherer Mitglieder der beiden Rebellengruppen in Sierra Leone, die Taylor über Jahre hinweg unterstützt haben soll, berichteten von Waffenlieferungen im Tausch gegen Diamanten, die Taylor organisiert haben soll. Nach diesen Zeugenaussagen soll Taylor der eigentliche Drahtzieher hinter den zahllosen Verbrechen dieser Rebellen gewesen sein. Im März 2008 berichtete ein früherer Kämpfer von Taylors Gruppe, der National Patriotic Front of Liberia, von der Ermordung politischer Gegner und von Kannibalismus.

Ende Februar 2009 hatte die Anklage ihre Beweisaufnahme abgeschlossen. Taylor selbst trat im Juli 2009 in den Zeugenstand. Seine Vernehmung währte über fünf Monate. Es gelang ihm, viele der Aussagen der Belastungszeugen in Zweifel zu ziehen. Er räumt zwar ein, die Rebellen zunächst unterstützt zu haben. Aber Anfang 1992 will er allen Kontakt abgebrochen haben. Er erklärte, erst wieder Ende der 1990er Jahre Gespräche zu den Rebellen aufgenommen zu haben. Dies sei im Rahmen einer regionalen Friedensinitiative geschehen. Sei-



Charles Taylor im Haager Gericht, dahinter sein Anwalt Griffiths. R. VAN LONKHUIJSEN / REUTERS

ne Unterstützung für die Rebellen im Jahre 1991 falle nicht in die Jurisdiktion des Gerichtshofes, dessen Mandat auf Verbrechen beschränkt ist, die zwischen November 1996 und 2002 begangen wurden. Natürlich kann man einwenden, dass Taylor nur seine Haut zu retten versuchte und deshalb seine Verstrickung in den Krieg im Nachbarland leugnet. Seine Aussage war jedoch äusserst detailliert und wirkte in weiten Teilen glaubwürdiger als die Aussagen der Insider-Zeugen. Viele dieser Zeugen haben selber Kriegsverbrechen begangen und erhielten von der Anklagebehörde die Zusicherung, nicht verfolgt zu werden. Darüber hinaus profitierten sie von einem grosszügigen Zeugenschutzprogramm. Einige von ihnen konnten auf Kosten des Gerichts eine neue Existenz ausserhalb Sierra Leones und Liberias aufbauen. Die wichtigsten Belastungszeugen haben zudem beträchtliche Geldsummen für Verdienstausfall und Unkosten erhalten. Zahlungen von mehreren tausend Dollar übersteigen das Einkommen der meisten Liberianer um ein Vielfaches, und es stellt sich die Frage, ob sie nicht einen Anreiz boten, Taylor im Sinne der Anklage zu belasten.

Ein ungewöhnlicher Antrag

Es ist zu vermuten, dass diese Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen die Anklagebehörde dazu bewegen, den Antrag zu stellen, Campbell und Farrow als Zeugen zu vernehmen. Dieser Antrag war sehr ungewöhnlich, da ihre Beweisaufnahme schon längst abgeschlossen war. Keine der Zeuginnen konnte jedoch Angaben darüber machen, in welcher Verbindung diese Diamanten zu den Kriegsverbrechen stehen, die Taylor zur Last gelegt werden. Warum also hat sich die Anklage

die Mühe genommen, Campbell in den Zeugenstand zu bringen? War es tatsächlich die Suche nach Publizität, wie böse Zungen behaupten, oder hat die Anklage zu wenig Vertrauen in die bisher aufgetretenen Zeugen?

Nur wenige Zeugen machten detaillierte Angaben zu Taylors mutmasslichen Verbindungen zu den Rebellen der Revolutionary United Front und zum Armed Forces Revolutionary Council in Sierra Leone. Die gesamte Anklage gegen den Warlord steht und fällt mit dem Beweis, dass Taylor eine sogenannte kriminelle Vereinigung mit den Anführern dieser beiden Rebellengruppen gebildet hatte, um Kriegsverbrechen in Sierra Leone zu begehen. Die territoriale Jurisdiktion des Gerichts beschränkt sich auf Verbrechen, die in Sierra Leone begangen wurden. In Liberia wütete ebenfalls ein Bürgerkrieg. Im Vorjahr legte eine Wahrheitskommission dort ihren Bericht vor, in dem sie alle Bürgerkriegsparteien in Liberia zahlloser Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung bezichtigte. Eine Anklage gegen Taylor in Liberia hätte dann auch viel mehr Aussicht auf Erfolg.

Taylor wäre nicht der einzige frühere Kriegsherr, der wegen Verbrechen angeklagt werden müsste. Viele Kriegsverbrecher, die der Bericht der Wahrheitskommission identifiziert, bekleiden heute hohe politische Ämter. Eine strafrechtliche Aufarbeitung geniesst aber nur wenig Unterstützung in Liberia. Zudem wird Taylor immer noch von vielen Liberianern verehrt. Sie schätzten ihn als charismatischen Politiker, der sich den USA und dem Westen nicht unterordnen wollte.

Der Autor ist Ethnologe in Zürich und führt eine vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierte Studie über das Sondergericht für Sierra Leone durch.

Verhandlungen über eine Regierung in den Niederlanden

Rechtes Minderheitskabinett mit Duldung von Wilders geplant

In Den Haag haben die Verhandlungen zur Bildung der künftigen niederländischen Regierung begonnen. Liberale und Christlichdemokraten wollen mit Duldung von Wilders' Freiheitspartei eine Minderheitsregierung bilden.

Peter Winkler, Brüssel

Vertreter der Liberalen, der Christlichdemokraten und der Freiheitspartei von Geert Wilders haben am Montag in Den Haag die Verhandlungen zur Bildung einer neuen niederländischen Regierung aufgenommen. Es werden zwei verschiedene Abkommen ausgehandelt: zum einen die Koalitionsvereinbarung zwischen Liberalen und Christlichdemokraten, zum anderen eine Übereinkunft der beiden Koalitionspartner mit der Freiheitspartei, welche das Minderheitskabinett aus Liberalen und Christlichdemokraten stützen soll, ohne selber an der Regierung beteiligt zu werden.

Hauchdünne Mehrheit

Das angestrebte Minderheitskabinett hat sich in den ausgiebigen Sondierungen seit den Parlamentswahlen im Juni als die Variante mit den besten Erfolgchancen herausgeschält. Das Projekt einer rechten Dreierkoalition mit den gleichen Parteien scheiterte an extremen Forderungen der Freiheitspartei in der Immigrationspolitik, gegen die sich die Christlichdemokraten entschieden

wehrt. Eine Viererkoalition mit Liberalen, Sozialdemokraten, Linksen und Grünen scheiterte daran, sich die Liberalen mit ihren einschneidenden Vorschlägen zur Budgetreduzierung nicht durchsetzen konnten.

Die drei Parteien, die sich nun eine Minderheitsregierung einigeln, besitzen zusammen nur eine hauchdünne Mehrheit von einem Sitz in der grossen Parlamentskammer. Zudem werden sie in der kleinen Kammer, dem Senat, in der Minderheit bleiben. Angesichts der weniger bedeutenden Rolle dieser Kammer aber keine grosse Bedeutung haben sollte. Sollten die Verhandlungen ihr Ziel erreichen, erhielten die Niederlande ihr Minderheitskabinett seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehrere jener Parteien, nun bei der Regierungsbildung nicht berücksichtigt werden, haben bereits der Instabilität dieses Modells ge-

Komfortable Lage

Obwohl nicht an der Regierung beteiligt, erhält die Freiheitspartei von Wilders grosse Bedeutung. Viele Anhänger sind noch keineswegs überzeugt, dass diese Formation genügend Zuverlässigkeit und politische Reife für eine solche Rolle aufweist. Wilders selber, der seine Partei ein Mannsbetrieb führt, ist in einer relativ komfortablen Situation. Er wird die Erfolge der Minderheitsregierung sich selber zuschreiben, Misserfolge bis hin zum Scheitern aber hauptsächlich auf die beiden Koalitionsparteien abschieben können.

Russland leidet weiter unter Hitze und Bränden

Verhängung des Notstands in Gebiet um Atomanlage

Hitze und Smog machen Moskau immer noch zu schaffen. Zudem bedrohen die Flammen eine weitere Atomanlage in Russland. Der Notstand wurde ausgerufen.

gho. Moskau · Der giftige Smog, der seit Tagen über der russischen Hauptstadt liegt, hat sich zwar am Montag nachmittag etwas ausgedünnt, die Luftverschmutzung in und um Moskau aufgrund der seit Wochen andauernden Torf- und Waldbrände wird jedoch in den kommenden Tagen hoch bleiben. Alexander Frolov, der Leiter des staatlichen Meteorologie-Dienstes Roshydromet, sagte am Montag, erst ab dem 20. August könne mit einer signifikanten Senkung der Temperaturen und einer Verbesserung der Lage gerechnet werden. Er sprach von einer Jahrtausendhitze in Russland. Mitte der Woche soll ein Drehen des Windes eine vorübergehende Erleichterung bringen. Die Hitzewelle und die Rauchgaswolke könnten laut offiziellen Angaben zu einer Verdoppelung der Sterblichkeitsrate in Moskau geführt haben. Durchschnittlich liege die tägliche Sterberate bei bis zu 380 Personen. Derzeit sei sie bei 700 Personen. Ein Ausnahmezustand für die russische Hauptstadt wurde noch nicht ausgerufen.

Das russische Ministerium für Katastrophenschutz gab an, dass immer noch mehr als 500 Torf- und Waldbrände auf einer Fläche von 174 000 Hektaren wüteten, was aber immerhin eine Verklei-

gen. Das Werk war in der Sowjetzeit die Hauptproduktionsstätte für waffenfähiges Plutonium und ist heute eine der grössten Wiederaufbereitungsanlagen in Russland.

Ebenfalls in der Region Tschernobyl rückte der Waldbrand nahe dem Atomforschungszentrum Sarow ins Blickfeld. Das Ministerium für Katastrophenschutz sagte, der auf einer Fläche von 7 Hektaren wütende Brand sei unter Kontrolle, die Forschungsarbeiten nicht mehr gefährdet. In der vergangenen Woche hatten die Brände die Atomwaffen-Forschungsanlage bei Sarow, etwa 500 Kilometer von der Hauptstadt Moskau, bedroht. Die Agentur Interfax berichtete, die in der Region Nischni Nowgorod wieder den normalen Betrieb angenommen, nachdem Feuerwehren einen Brand unter Kontrolle gebracht hatten. Die Behörden sagten auch, die Radioaktivität in der Region Brjansk, Gebieten, die vom Reaktor von Tschernobyl stark betroffen worden, auf einem normalen Niveau sei. Der Brand war befürchtet worden, dass auf der Brände radioaktiv verseuchten Flächen aufgewirbelt werden könnten.

Die Landwirtschaft wurde ebenfalls durch die anhaltende Hitze schwer getroffen. In diesem Jahr wurden nach den jüngsten Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums nur zwischen 60 und 65 Millionen Tonnen Getreide eingefahren werden. Im vergangenen Jahr lag die Getreideernte bei 97 Millionen Tonnen. Ministerpräsident Putin bekräftigte am Montag, dass die russische Landwirtschaft

Libysche Forderungen gegenüber Südkorea

Ghadhafis Regime legt sich mit einem wichtigen Handelspartner an

Seit einiger Zeit hat auch Südkorea ein diplomatisches Problem mit Libyen, das gewisse Parallelen zum Zwist mit der Schweiz aufweist. Libyen hatte am 18. Juni 2010 einen südkoreanischen Geheimdienstagenten des Landes verwiesen und anschliessend sein Büro für Wirtschaftskooperation in Seoul geschlossen. Der Agent soll laut libyschen Vorwürfen Informationen über Mitglieder der Familie Ghadhafi sowie andere Funktionäre des libyschen Regimes gesammelt haben. Wenig spä-

ter wurde diese Kooperation ein offenes Geheimnis: Viele Indizien weisen darauf hin, dass Libyen Nordkorea mit Waffen versorgt, die es seinerseits aus Russland importiert. In den vergangenen Wochen haben Vertreter der beiden Länder über eine Beilegung der diplomatischen Krise verhandelt.

Laut der südkoreanischen Zeitung «Joong Ang Ilbo» soll Tripolis Seoul mit einer massiven Einschränkung der Handelsbeziehungen gedroht haben, falls sich Südkorea nicht zur Zahlung einer

wirtschaftliche Beziehungen. Laut Angaben der Agentur AFP hat Südkorea im Maghrebland rund 300 grosse Bauprojekte im Umfang von über 350 Milliarden Dollar ausgeführt. Dazu gehören auch entscheidende Teile des sogenannten Flusses von Menschenhand, eines der grössten Prestigeprojekte des Regimes.

Eine ernste Sache

Für Hasni Abidi, den Leiter des Stu-